

herrscht werden. Auch aus Südafrika, Rhodesien, Mozambique und Angola werden laufend Missionare ausgewiesen, weil sie sich offen gegen die dortigen Regime gewandt haben. Solange in den unabhängigen Staaten Afrikas die afrikanischen Kirchenführer die Geschicke der Kirche in ihre Hand nehmen und ihre Anliegen verteidigen, wird es schwer sein, die Kirche

vollständig zum Schweigen zu bringen. So beunruhigend die Lage der Kirche in Afrika zunächst scheint, es gibt genug Stimmen, die in dieser veränderten Lage die Chance sehen, daß die Kirche, wenn die Last so vieler fragwürdiger politischer Rücksichten von ihr genommen ist, ihrer Dienerfunktion in besserer Weise gerecht wird. Ihre Tätigkeit wird vorerst haupt-

sächlich in viel Geduld und Ausdauer erfordernder Kleinarbeit, d. h. bislang vernachlässigter Basisarbeit bestehen, nämlich im Bemühen, die afrikanischen Christen zu verselbständigen. Sie sind möglicherweise in Zukunft die einzige Stütze der einheimischen Hierarchien und die Garanten für den Fortbestand des kirchlichen Lebens in ihren jeweiligen Ländern.

Gesellschaftliche Entwicklungen

Die SED und der Westen

Aufweichungsangst in der DDR?

Die letzten Monate waren in der Perspektive der DDR, genauer in den Augen ihrer Einheitspartei, überaus erfolgreich. Die Ostverträge der Bundesrepublik, das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin und der Verkehrsvertrag sind in Kraft getreten. Der Grundvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR ist unterzeichnet, seiner Ratifizierung steht nach dem Wahlausgang vom November 1972 nichts mehr im Wege. Der kommunistische Teil Deutschlands fährt auf einer internationalen Anerkennungswelle. Noch dieses Jahr wird die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den meisten Staaten der Welt und vermutlich die Aufnahme in die UN folgen.

Diese *außenpolitische Erfolgswelle* stellt das DDR-Regime aber vor die schwierige Aufgabe, die damit zusammenhängenden Zugeständnisse im Verkehr mit dem Westen, insbesondere mit der Bundesrepublik, auch *innen- und ideologienpolitisch* zu verkraften. Kommunistische Führungen haben gegen die „Normalisierung“ staatlicher bzw. zwischenstaatlicher Beziehungen bekanntlich selten etwas einzuwenden, solange sich diese Normalisierung im Rahmen einer klaren Abgrenzung von Machtsphären vollzieht. Sobald aber eine verstärkte Begegnung von Menschen unterschiedlicher Machtblöcke ins Spiel kommt, wächst die Infiltrations- und Aufweichungsangst. Die Aufrechterhaltung politisch-ideologischer Spannungen zwischen Ost und West, insbesondere zwischen der DDR und der Bundesrepublik, ist für sie lebenswichtig. Die Distanz zwischen den Bürgern beider Welten soll deshalb, wo der eigene Systemvorteil gefährdet ist, unbedingt erhalten bleiben.

Seit Monaten bemüht sich nun die SED-Führung um Maßnahmen, die sie gegenüber dem Westen einerseits attraktiver und konkurrenzfähiger, andererseits *weniger verwundbar* machen sollen. An drei Vorgängen läßt sich dies deutlich ablesen: Erstens unternimmt das Regime verstärkte Anstrengungen, um die Versorgungslage der Bevölkerung durch Produktionssteigerung, durch erhöhte Einfuhren und durch die Abwehr wild wuchernder Hamstereinkäufe aus Polen zu verbessern. Nur bei verbesserter Versorgungslage bleibt die DDR westbegegnungsfähig. Eine nicht ständig mit Versorgungsschwierigkeiten kämpfende Bevölkerung wird eher bereit sein, dem System Lichtseiten abzugewinnen und sich den Besuchern gegenüber mit diesem zu identifizieren. Zweitens versucht man gegenüber der Bundesrepublik die in den Verträgen vorgesehenen menschlichen Erleichterungen durch repressive Verwaltungsmaßnahmen zu unterlaufen. Drittens bemüht man sich um eine gründliche *ideologische Selbstzurüstung*, die negativ sichtbar wird in einer teils recht heftigen Kampagne gegen den sogenannten „Sozialdemokratismus“, mit der man den Sympathien für die politische Führung in der Bundesrepublik, insbesondere für den Bundeskanzler, in der eigenen Bevölkerung entgegenwirken will.

Zuflucht zu den „überlegenen geistigen Waffen“

Während die ersten beiden Gruppen von Maßnahmen mehr tagespolitisches Gewicht haben, läßt sich in den Bemühungen um eine striktere ideologische Abgrenzung gegenüber dem Westen eine *langfristige Strategie* erkennen. Dies läßt sich durch eine Reihe von politischen Verlautbarungen und Kampagnen der letzten Zeit untermauern. An erster Stelle ist der Beschluß des SED-Politbüros vom

7. November 1972 über „Die Aufgaben der Agitation und Propaganda bei der Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitag der SED“ zu nennen. Wenige Tage später (vom 16. bis 17. November) tagte eine zweitägige Konferenz des Zentralkomitees mit 900 leitenden Propagandisten, an der die meisten Mitglieder der SED-Führung teilnahmen. Um diese Konferenz gruppierten sich zahlreiche öffentliche Stellungnahmen und Publikationen, in denen in erkennbar defensiver Form ideologische Aufrüstung propagiert wird.

Im umfangreichen *Beschluß des Politbüros* (zwei volle große Zeitungsseiten) wird betont, daß es zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik nur Beziehungen auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz geben kann. Den Menschen in der DDR soll die Überzeugung vermittelt werden, daß der Untergang des Kapitalismus und der Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab gesetzmäßig sei und daß die DDR unwiderruflich der sozialistischen Völkerfamilie angehöre. Das *sozialistische Bewußtsein* der DDR-Bürger soll gehoben werden. Sie sollen sich einen festen Klassenstandpunkt aneignen. So heißt es im Politbüro-Beschluß unter anderem:

„Agitation und Propaganda haben die Aufgabe, den Antikommunismus, dieses politisch-ideologische Hauptinstrument der imperialistischen Bourgeoisie, den bürgerlichen Nationalismus, den Sozialdemokratismus, den Revisionismus und den ‚linken‘ Opportunismus mit unseren überlegenen geistigen Waffen aus dem Feld zu schlagen. Die Einheit und Reinheit des Marxismus-Leninismus ist gegen alle Angriffe konsequent zu verteidigen.“

Unter den heutigen Bedingungen tobe der Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus besonders scharf und erbittert an der ideologischen Front. Hier gebe es keine Koexistenz. Sozialistische und bürgerliche Ideologie seien unversöhnlich. Angesichts „des Voranschreitens der Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und der gleichzeitigen Zuspitzung der ideologischen Konfrontation“ seien höchste Klassenwachsamkeit und größte Aktivität geboten.

„Das Scheitern der imperialistischen Doktrin vom ‚Zurückrollen des Sozialismus‘ mittels ‚atomarer Vergeltung‘, der Überlebtheit der Methoden des Kalten Krieges erschwerte es den Ideologen der Bourgeoisie, den Antikommunismus auf alte Weise zu betreiben. Agitation und Propaganda haben darzustellen, daß es die gewachsene Kraft des Sozialismus ist, die seine Feinde zwingt, sich demagogisch als seine ‚Verbesserer‘ auszugeben. Sie haben nachzuweisen, daß das Wesen des ‚demokratischen‘ oder ‚menschlichen‘ Sozialismus ebenso wie die Theorien von der ‚Industriegesellschaft‘ und der ‚Konvergenz der gesellschaftlichen Systeme‘ in der Feindschaft gegenüber der

Macht der Arbeiter und Bauern, in der Feindschaft gegenüber dem real existierenden Sozialismus besteht. Zum wissenschaftlichen Kommunismus gibt es und kann es keine Alternative geben, weil er Ausdruck der objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung ist und voll mit den Interessen der werktätigen Menschen übereinstimmt“ („Neues Deutschland“, 11. 11. 72).

Abwehr des Sozialdemokratismus

In der Agitation der SED steht gegenwärtig die *Auseinandersetzung mit dem „Sozialdemokratismus“* an der Spitze. Dies hat folgende Ursachen:

- a) Im Gebiet der DDR ist der *sozialdemokratische Einfluß* traditionell stark verwurzelt. Berlin, Magdeburg und die sächsischen Großstädte waren einst Hochburgen der SPD.
- b) In der aus der Vereinigung von KPD und SPD hervorgegangenen SED konnten bis auf den heutigen Tag *sozialdemokratische Traditionselemente* nicht völlig ausgemerzt werden.
- c) Viel stärker aber als historisch bedingte Traditionselemente wirkt die Tatsache, daß *Willy Brandt* durch sein langjähriges Wirken als Regierender Bürgermeister von Berlin und jetzt als Bundeskanzler hohes Ansehen genießt. Die zugesicherten menschlichen Erleichterungen und die sich anbahnende Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ist aus der Sicht der Mehrheit der DDR-Bürger kein Ergebnis kommunistischer Friedenspolitik, sondern vor allem eines der Brandtschen Ostpolitik. Brandt ist in der DDR zum Symbol einer neuen menschlicheren Deutschlandpolitik geworden. Der eindeutige Wahlsieg Brandts wurde in der DDR als eigener Erfolg mit weitverbreiteter Zustimmung, zum Teil sogar mit spontaner Begeisterung, aufgenommen.

Angesichts dieser Faktoren sieht die SED-Führung im Sozialdemokratismus den Hauptfeind. Er wird als eine besonders raffinierte und darum gefährliche *Variante der bürgerlichen Ideologie* ausgegeben. Auf vielerlei Weise soll der Bevölkerung eingehämmert werden, daß Sozialdemokraten keine wirklichen Sozialisten sind. Immer wieder wird hervorgehoben, daß es auch gegenüber dem Sozialdemokratismus keine Annäherung, keine Versöhnung, keine Kompromisse, sondern nur gnadenlosen Kampf geben kann.

Gegenstand besonderer Polemik ist die Idee vom demokratischen Sozialismus und die in der BRD weitverbreitete These von der „Linksentwicklung der SPD“. Honecker hob Anfang November vor Jugendfunktionären hervor: „daß die Führer der westdeutschen Sozialdemokratie in ihrer dreijährigen Regierungszeit eine Politik betrieben haben, die . . . zur Stärkung des Monopolkapitals geführt hat“. Im Artikel von Prof. *W. Pfaff*

(Ost-Berlin) „Was verbirgt sich hinter dem ‚demokratischen Sozialismus‘?“ („Neues Deutschland“, 8. 11. 72) heißt es, der „demokratische Sozialismus“ sei nichts anderes als „ein Konzept, mit dem die kapitalistische Ausbeuterordnung scheinbar ‚demokratisiert‘ werden soll“. Pfaff bezeichnete diesen als *Garantieerklärung für den Kapitalismus* und als Täuschungskonzept für die Arbeiterschaft. Er sei bisher auch in keinem Land der Welt verwirklicht worden. Die unter dieser Losung praktizierte Politik habe „die Grundfesten der kapitalistischen Gesellschaft nicht einmal angekratzt“.

Am 5. November 1972 veröffentlichte I. Petrow in der „Prawda“ den Artikel „SPD ohne Illusionen“. Dieser wurde bereits einen Tag später in allen großen Zeitungen der DDR abgedruckt. Nachdem der Autor Petrow den Realismus der SPD bei der Gestaltung einer „konstruktiven“ Östpolitik begrüßt hatte, zog er klare ideologische Grenzen. Er machte auf Kommentatoren in der Bundesrepublik aufmerksam, die unter Hinweis auf die außenpolitischen Schritte Brandts davon sprachen, daß die SPD sich „völlig verändert“ habe und „stark nach links gerutscht“ sei. Die Kommunisten, so Petrow, beurteilten die Entwicklung der SPD indessen völlig anders. Die „Linksorientierung“ sei eine Legende. In dem heute noch gültigen *Godesberger Programm* werde mit äußerster Klarheit hervorgehoben, „daß die SPD eine Verfechterin des kapitalistischen Systems ist“. In dem Artikel wird ferner betont, daß die Übernahme der Regierungsgewalt durch die SPD im Jahre 1969 „keinerlei prinzipielle Veränderungen im Klassenwesen der BRD und ihrer Politik zur Folge“ gehabt habe („Berliner Zeitung“, 6. 11. 72).

Abgrenzungsstrategie auch für die Kirchen

Neben der Abwehr des Sozialdemokratismus wird auch versucht, unter den *Christen* in der DDR stabilisierend zu wirken. Die *Ost-CDU* hat — wie es auf ihrem 13. Parteitag (Mitte Oktober 1972) deutlich wurde — die Aufgabe erhalten, unter den *Christen* in der DDR den konsequenten Abgrenzungskurs zu unterstützen und verstärkt für ihr „positives“ Engagement zugunsten des sozialistischen Staates zu wirken.

Der Vorsitzende der CDU und Präsident der Volkskammer der DDR, *Gerald Götting*, ging auf dem Erfurter Parteitag von der Hypothese aus, daß der sozialistische Staat die Interessen aller seiner Bürger vollstreckt, und folgert daraus:

„Die grundsätzliche Übereinstimmung zwischen diesen humanistischen Zielen des Sozialismus und dem Auftrag des *Christen*, für andere dazusein, schließt eine Haltung sogenannter ‚kritischer Distanz‘ oder einer bloß ‚kriti-

schen Assistenz‘ gegenüber der sozialistischen Gesellschaft aus. Mit solchen Begriffen soll Bürgern christlichen Glaubens eingeredet werden, sie stünden außerhalb der sozialistischen Gesellschaft und könnten ihr gegenüber eine Art Beobachterposition einnehmen. Das aber widerspräche sowohl dem Auftrag des *Christen* als auch dem Wesen des Sozialismus. *Christen* sind gehalten, der Stadt Bestes zu suchen. Das können sie umfassend in unserer Gesellschaft tun. Sie umschließt *alle* ihre Glieder; die weitere Vervollkommnung des Sozialismus beruht auf der Mitarbeit aller Bürger“ („Neue Zeit“, 12. 10. 72).

Dem uneingeschränkten Engagement für die Ziele des Sozialismus steht die konsequente *Abgrenzung von allen Westeinflüssen* gegenüber. Zwischen „Sozialismus“ und „Imperialismus“ soll es auch im kirchlichen Bereich weder „Annäherung noch Versöhnung“ geben. Dazu Götting:

„Zwischen zwei Staaten mit so gegensätzlichen gesellschaftlichem Charakter kann es ein ‚inneres Verhältnis‘ zueinander, kann es ‚Beziehungen besonderer Art‘ nicht geben. Die Abgrenzung zwischen ihnen ist ein objektiver Prozeß, der mit historischer Zwangsläufigkeit fortschreitet. Das einzig denkbare, aber auch das bestmögliche Verhältnis zwischen ihnen sind normale Beziehungen der friedlichen Koexistenz, entsprechend den Regeln des Völkerrechts.“

Auch für die evangelischen Kirchen in der DDR und in der BRD könne von einer spezifischen Gemeinschaft untereinander nicht die Rede sein: „Beziehungen der evangelischen Kirchen der DDR zu evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik und in West-Berlin sind Beziehungen ökumenischer Art wie zu Kirchen in anderen Staaten auch. Wenn schon von ‚Beziehungen besonderer Art‘ im zwischenkirchlichen Bereich gesprochen werden soll, dann werden sie sich mit den Kirchen und Glaubensgemeinschaften in der Sowjetunion und in anderen uns befreundeten sozialistischen Ländern entwickeln. Wir begrüßen die Anstrengungen, die auf diesem Gebiet gerade in letzter Zeit unternommen wurden, und die ersten Ergebnisse, die dabei zu verzeichnen sind.“

Auch der katholischen Kirche gab er einen deutlichen Hinweis für die Zukunft. Die Kirche werde im Hinblick auf ihre Struktur die politischen Realitäten in Europa und den völkerrechtlichen Charakter der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD berücksichtigen müssen. Götting hatte auch schon konkrete Wünsche: „Die Einrichtung selbständiger Bistumsgebiete für das Territorium unseres Staates würde den Interessen der katholischen Bürger unserer Republik nur dienlich sein.“ Götting wandte sich von neuem gegen die „reaktionäre Illusion über die ‚Kirchen als Klammern der deutschen Einheit‘, die der längst gescheiterten Hallstein-Doktrin entsprechen,

und gegen neue Illusionen über eine angebliche „spezifische Gemeinschaft zwischen den Kirchen in beiden Staaten“.

Argwohn gegen Theologie

Die SED und die Regierung überlassen die Abgrenzungskampagne im kirchlichen Bereich aber nicht allein der CDU. Partei und Staat sind gegenwärtig verstärkt daran interessiert, daß die Kirchen in der DDR völlig isoliert gegenüber westdeutschen Gremien wirken und sie sich auch nicht von westdeutschen Theologen beeinflussen lassen. Hinsichtlich der katholischen Kirche läßt sich feststellen, daß alle Verbindungen zu Rom gebilligt bzw. als natürlich hingenommen werden, daß dagegen aber alle Verflechtungen, Verbindungen, Beeinflussungen mit bzw. aus Westdeutschland mit größtem Argwohn betrachtet und zum Teil auch mit administrativen Mitteln unterbunden werden. Neuere theologische Literatur aus der Bundesrepublik ist in der DDR unerwünscht. Selbst in rein innerkirchlichen Fragen, wie in der Liturgie, können westdeutsche Entscheidungen, Ausarbeitungen etc. nicht einfach übernommen werden.

Das Bestreben der Regierung, beim Vatikan die Errichtung von Ordentlichen Diözesen in den Westgebieten der DDR zu erwirken und damit die Kommissariate Schwerin, Magdeburg, Erfurt und Meiningen endgültig aus den westdeutschen Diözesen Osnabrück, Paderborn, Fulda und Würzburg herauszulösen, soll auch der konsequenten Abgrenzung dienen (vgl. HK, März 1973, 114 und ds. Heft, S. 210).

Es ist nicht zu übersehen, daß der gegenwärtige weltweite Anerkennungsdurchbruch der DDR auch *elementare Auswirkungen auf die Katholiken* hat. Die letzten Hoffnungselemente vom Provisorium der DDR werden zerstört. Unausweichlich stellt sich die Frage, wie man sich auf lange Sicht als Katholik in der DDR einrichtet und sich verstärkt. Die SED-Kirchenpolitiker versuchen, diesen zwangsläufigen Trend zu einer bewußten Abgrenzung von westdeutschen Einflüssen weiterzutreiben.

Herbert Preuß

Die erweiterte EWG als Entwicklungspartner

Integrationstendenzen und Störungen

Die Entwicklungsländer profitieren vom ständig steigenden Welthandel nicht oder nur in ungenügendem Maße, denn die Wachstumsrate des Exporthandels der Entwicklungsländer ist nach wie vor kleiner als diejenige der Industrieländer, wenngleich sich der Abstand zwischen den

Wachstumsraten in den letzten Jahren verringert hat. Daher ist auch der *Anteil der Entwicklungsländer am Weltexport weiterhin rückläufig*. Die Industrieländer vergrößern also vor allem den Handel unter sich. Der Anteil des Handels der Industrieländer an den Gesamtexporten der Industrieländer (die sogenannte Eigenhandelsquote) stieg von 68,1 % im Jahre 1957 auf 75,7 % im Jahre 1968. Die Eigenhandelsquote der Entwicklungsländer fiel im gleichen Zeitraum von 24,4 % auf 19,9 %. Der Welthandel entwickelt sich also vor allem als Handel der Industrieländer unter sich, während der Handel zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sowie der Handel der Entwicklungsländer unter sich praktisch stagnieren.

Tendenz zur Blockbildung

Diese unerfreuliche Entwicklung hat verschiedene Ursachen. Der in den Industrieländern eher zunehmende *Agrarprotektionismus* erhöht den Selbstversorgungsgrad bei den Agrarprodukten und vermindert die Exportchancen der Entwicklungsländer. Im Exportsortiment der Entwicklungsländer nehmen die Primärgüter einen besonders breiten Raum ein. Da die Primärgüter meist eine geringe Einkommenselastizität der Nachfrage besitzen, d. h. eine Einkommenserhöhung in den Industrieländern hat nur eine geringe Erhöhung der Nachfrage nach Primärgütern zur Folge, werden die Exportmöglichkeiten der Entwicklungsländer weiter erschwert. Ein Hauptgrund für die Handelsprobleme der Entwicklungsländer liegt aber in der im Westen vorhandenen Tendenz zur wirtschaftlichen Blockbildung.

Wirtschaftszusammenschlüsse wie die EWG oder die EFTA haben den *Handel der Industrieländer unter sich* weiter angeregt. Besonders der Handel innerhalb der EWG und der EFTA hat deutlich zugenommen, was eine Folge des innergemeinschaftlichen Abbaus der Handelshemmnisse ist. So ist innerhalb von zehn Jahren die Eigenhandelsquote der EWG von 34 % auf 45 %, diejenige der EFTA von 18 % auf 24 % gestiegen. Der Handel mit Drittländern, insbesondere aber mit Ländern der Dritten Welt, scheint eher beeinträchtigt worden zu sein (vgl. *A. Wagner*, EWG und Dritte Welt, Zürich und Fribourg 1971, 25 ff. und Anhang).

Dies ist nur eine Bestätigung der Theorie, wonach Wirtschaftsgemeinschaften sowohl einen *handelserschaffenden*, als auch einen *handelsablenkenden* Effekt haben. Durch den Abbau interner Handelshemmnisse und durch die Erleichterung des Binnenhandels kommt es zu einer Ersetzung bisheriger Inlandprodukte durch Importe aus Partnerländern. Zu dieser Handelsschöpfung kommt aber noch ein handelsablenkender Effekt hinzu. Die Bevorzugung der Partnerländer und die Errichtung von Handelshemmnissen gegenüber Drittländern hat nämlich eine Substitu-